



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/117 - 24.5.1956

Einweise
auf den Inhalt:

Bundesregierung ohne Wirtschaftsprogramm	S. 1
Unklarheit über die Hoheitsgewässer	S. 3
Ein Jahr Regierung Hellwege	S. 4

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-38
Fernschreiber 0688 800

Heillosen Konjunktur-Wirrwarr

FB. Es wäre der sozialdemokratischen Opposition ein leichtes, die spöttische Frage des Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Fritz Berg, zu wiederholen, der in Köln sagte:

"Mit wem spreche ich eigentlich, wenn ich unsere Sorgen vortrage? Die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit gibt es als Gesprächspartner für uns, wenigstens in wirtschaftlichen Dingen, kaum noch."

Es fiel ihr noch leichter, Hohn und Spott über eine Bundesregierung auszugießen, deren Bundeskanzler und Minister sich gegenseitig widersprechen und deren nicht vorhandene Konjunkturpolitik zu einem heillosen Wirrwarr geführt hat. Sie könnte schliesslich auch darauf hinweisen, dass der Bundeskanzler in seiner Kölner Rede vom 23. Mai 1956 seine Minister Schäffer und Erhard wie Schuljungen abgefertigt hat und im Hinblick auf die heutige Kabinettsitzung erklärte, dass sie Rechenschaft ablegen müssten,

"Warum und was sie in Frankfurt vorgeschlagen haben."

Hohn und Spott allein sind aber in der gegenwärtigen Situation nicht angebracht, denn die Leidtragenden des Wirrwarrs, der in der Bundesregierung herrscht, sind die Menschen in der Bundesrepublik, die täglich zu spüren bekommen, dass die Preissteigerungen ein derartiges Ausmass annehmen, dass die DM., die sie am Lohnstage erhalten, am Ende des Monats bereits wieder an Wert verloren hat.

Der Bundeskanzler hat in der heutigen Konjunktur-Kabinettsitzung

offensichtlich vor, nach dem abgewandelten Spruch zu verfahren:

"Und wenn der grosse Konrad kommt und klopft nur auf die Hosen, dann läuft die ganze Reichsarmee, Panduren und Franzosen."

Sicherlich wird man nachher wieder einmal zu suggerieren versuchen, dass alles gar nicht so schlimm, im Gegenteil, die D-Mark eine der härtesten und besten Währungen und die Unruhe nur in die deutsche Bevölkerung hineingebracht worden sei.

So leicht kann man es sich nicht machen, ganz abgesehen davon, dass der Nimbus des "grossen Konrads" reichlich angeschlagen ist, und ihm selbst eine so regierungstreue Zeitung, wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", vor einiger Zeit bescheinigt hat, dass es mit seinem Wirtschaftsverständnis nicht allzu weit her sei.

Tatsache ist, dass es konjunkturelle Krisenzeichen schon seit dem vergangenen Sommer gibt. Die grosse Konjunkturdebatte des Bundestages im Oktober in Berlin hat dazu Stellung genommen und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte damals ein komplettes Konjunktur-Programm auf dem Wirtschafts-, Zoll- und Steuersektor vorgelegt. Man hat dieses Programm in der Folgezeit entweder in den Wind geschlagen, verzögert oder in den Parlamentsausschüssen abgetötet. Die Zollsenkungen wurden ebenso abgelehnt wie der lebenswichtige Preistreiberparagraf und die Zollernächtigung für den Bundeswirtschaftsminister. Ganz zu schweigen vom Steuerprogramm der Opposition, das man systematisch in der Mehrheits-Parlamentsmaschine sich totlaufen liess.

Heute steht man vor der gleichen Situation, nur dass sich die Krisenzeichen verstärkt haben. Und wieder ist die Bundesregierung nicht in der Lage gewesen, entsprechende Massnahmen zu treffen, einfach, weil sie in sich selber uneins ist und dem Bundeskanzler offensichtlich die Wahlspendentöpfe der Industrie näher liegen als die schmalen Portemonnaies der Hausfrauen.

Sicher ist der Beschluss der EDL, der den Diskontsatz heraufgesetzt hat, nicht richtig, denn er trifft die Kleinen aus Handel, Handwerk und Gewerbe, die Kredite benötigen und sie nun nur unter äusserst erschwerten Bedingungen aufnehmen können, während die Grossindustrie jederzeit in der Lage ist, einen 1 % höheren Zins über die Preise abzuwälzen. Aber man sollte doch nicht vergessen, dass der selbst zinspolitisch verfehlte EDL-Beschluss eine Folge der Catenlosigkeit der Bundesregierung gewesen ist.

Der sozialdemokratischen Opposition erwächst nun die grosse Aufgabe, durch ihre Initiative zum Hüter der Währung und zum Faktor der Stabilität zu werden. Ihr Konjunkturprogramm vom Herbst vergangenen Jahres, das gewiss in einzelnen Punkten modifiziert werden muss, hat nach wie vor Gültigkeit und ist in der Lage und geeignet, die Krisenzeichen abzuwenden. Das ist doppelt notwendig, denn die Bundesregierung hat sich bisher nur in Streitereien erschöpft, die auf dem Rücken der Menschen in der Bundesrepublik ausgetragen werden. * * * - 3 -

Sowjetunion besteht auf 12-Meilen-Grenze

mu, Kiel

Die Frage "Wie weit gehen die Hoheitsgewässer" ist erneut in die internationale Diskussion geraten. Sie wurde wiederum durch die Sowjetunion ausgelöst, welche zwei Kieler Fischkutter, die die Zwölf-Seemeilen-Grenze vor der ostpreussischen Küste geringfügig verletzt haben sollen, zu einer Geldstrafe von 500 Rubel verurteilte. Den Hinweis der Lachs-fischer, die Hoheitsgrenze läge doch allgemein drei Seemeilen unter Land, liessen die Russen nicht gelten.

1953 wurde von der internationalen Rechtskommission der UN der Begriff 'Anschlusszone' geprägt. Seitdem gibt es unter der Küste einen zwölf Seemeilen breiten Streifen, den ein Staat als Kontrollgebiet für sich beanspruchen darf, etwa um sich besser gegen illegale Einwanderungen schützen zu können. Die UN-Kommission hat aber ausdrücklich festgestellt, dass die zwölf Meilen-Zone keinen Teil des Staatsgebietes des Anliegers darstellt und diesen somit nicht ermächtigt, Sicherheits- und Fischereirechte auszuüben. Derartige Rechte dürfen nur bis drei Meilen ins Meer hinaus wahrgenommen werden.

Allgemein gilt die Dreimeilenzone als Hoheitsgebiet und schliesst damit Sicherheits- und Fischereirechte ein. Fraglich ist, ob diese Zone nicht bis auf vier Seemeilen hinaus ausgedehnt werden kann. So ist beispielsweise 1921 zwischen Finnland und Sowjetrussland ein Vertrag geschlossen worden, der 1935 bestätigt wurde und einen Hoheitsstreifen von vier Seemeilen festlegt.

Die Dänen, Norweger, Schweden und Finnen nehmen jede Bekräftigung der Zwölf-Meilen-Zone durch die Sowjets kasserst ernst, weil damit die Beweglichkeit und Rentabilität ihrer Fischereiflotter vermindert und ausserdem gegen internationales Recht verstossen wird. Zwar liessen die Sowjets kürzlich dänische und schwedische Fischer, welche in dem Zwölf-meilenbereich angetroffen wurden, ohne Formalitäten wieder frei; ja, sie vereinbarten sogar mit Dänemark und Schweden einen gemeinsamen Rettungsdienst in der Ostsee, aber gleichzeitig ist bekannt geworden, dass sie in hohen Norden bei der Faranger Halbinsel norwegische Fischereifahrzeuge festsetzten und mit Strafe belegten, weil sie innerhalb der Zwölf-, aber ausserhalb der Viermeilenzone gefischt hatten. Offenbar befinden sich die Sowjets im Zwiespalt zwischen der Politik des Lächelns und der - 4 -

kräftigen Absicherung des küsternten Staatsgebietes auf See. Besonders die norwegische Presse erinnert in diesen Tagen, wo die Russen wieder auf die Zwölfmeilenzone pochten, an das Eindringen von 17 sowjetischen Fischdampfern im Februar in die norwegische Viermeilenzone bei Aalesund, die Norwegen vom Internationalen Haager Gerichtshof zugesprochen bekam, dabei hatten die Sowjets sogar einen Spion an Bord.

Bei dem Verhalten der Russen muss man jedoch in Betracht ziehen, dass sich die Fischereigrenzen in zahlreichen anderen Staaten nicht immer an die Dreimeilenzone halten und dabei praktisch ebenfalls gegen das Völkerrecht verstossen wird. Mexiko und Indochina haben die Fischereigrenze auf zwanzig, Columbien, Brasilien, Amerika und Kanada auf zwölf Seemeilen festgelegt. Südkorea hat sie sogar auf 50 Seemeilen hinausgeschoben.

Völlig abwegig ist die Forderung von Ecuador, Chile und Peru auf eine alle Hoheitsrechte beinhaltende Zone von 200 Meilen. Mit dieser Zone sollen ausländische Walfangflotten ferngehalten werden, es sei denn, sie zahlen diesen Staaten Fangprämien. In Westen Südamerikas ist man bereit, diese Hoheitszone mit allen Mitteln der Gewalt zu verteidigen. Das zeigt die Aufbringung des panamaischen Walfanggrutterschiffes "Olympia Challenger" des griechisch-amerikanischen Reedermilliardärs Onassis mit deutsch-norwegischer Besatzung im Jahre 1954.

Hier muss auch noch an die Ansprüche der USA erinnert werden, die den gesamten Festlandssockel unter dem Stillen Ozean für sich beanspruchen. Das gilt jedoch nur hinsichtlich der Ausbeutung der Bodenschätze, wie Erdöl, unter dem Meeresgrund. Im Wasser haben die USA ihr Hoheitsgebiet nur drei bzw. zwölf Seemeilen hinaus festgelegt.

* * *

Niedersachsen ohne 'Kopf'

Aus Niedersachsen wird uns geschrieben:

Wenige Tage vor dem ersten Jubiläumsjahr der Regierung Hellwege deutete eine bürgerliche Zeitung in Hannover an, dass Innenminister Wegmann (CDU) nach der sogenannten Dissidenten-debatte amtsüde sei. Die Angelegenheit ist noch nicht ausgestanden; dass sie aber zuerst von einer der Regierung nahestehenden Zeitung aufgegriffen wurde zeigt, wie es nach einem Jahr Regieren um die Vier-Parteien-Koalition bestellt

ist und welchen Kredit sie selbst in den ihr nahestehenden Kreisen genießt.

Es wäre ungerecht, die Schuld dafür Hellwege zuzuschreiben, wenn gleich niemand in Niedersachsen behaupten wird, dass die Zügel des Niedersächsenrosses energisch geführt würden. Hellwege, das darf man nicht vergessen, ist nicht wegen der Stärke seiner Partei, noch weniger wegen eines besonders ausgeprägten Regierungstalents der Nachfolger Kopf geworden, sondern verdrängt diese Position einzig und allein dem seinerzeitigen Willen des Bundeskanzlers, in Hannover die SPD um jeden Preis zu entthronen. Es ist Hellwege im zurückliegenden Jahr nicht gelungen, sich von diesem Odium zu befreien. Die CDU, die sich als stärkste Koalitionspartei mit ebensoviel Ressorts begnügt wie der zweit-schwächste Partner, der BHE, hat im Hintergrund die Zügel fest in der Hand. Wenn sie davon nicht immer so Gebrauch machen kann, wie sie möchte, dann deshalb, weil sie wie überall aus einem evangelischen und einem katholischen Flügel besteht.

Ob der normale Staatsbürger in Niedersachsen bewusst wird, dass er seit einem Jahr "bürgerlich" regiert wird, ist kaum anzunehmen. Politisch interessierten Menschen wird auffallen, dass das Land, von einem kurzen Intervall abgesehen, während dieses Jahres ohne Kultusminister auskommen musste, und es wird weiter auffallen, dass der Bund der Steuerzahler, keineswegs SPD-verdächtig, die jetzige Regierung mit rot-unrandeten Eilbriefen weitaus stärker attackiert als jemals die Regierung Kopf. Das Wahlversprechen, mit jedem Pfennig zu fuchsen, ist demnach im Landesbudget nicht eingelöst worden. Ein weiterer, im damaligen Regierungsprogramm sorgsam gepflegter Wunsch, das Staatsbewusstsein der einzelnen Landesteile zu heben, hat einen empfindlichen Schlag bekommen: Kopf hatte es nur mit den widerspenstigen Oldenburgern zu tun; der neuen Regierung haben nicht nur die Oldenburger, sondern auch eine prozentual hohe Anzahl von Bürgern aus der Landesteil Schaumburg-Lippe bescheinigt, dass sie sich in der niedersächsischen Gemeinschaftsjacke nicht allzu wohlfühlen. Über die Affäre Schlüter war noch nicht Gras gewachsen, da sah sich die Regierung wieder einer, auch von außerhalb des Landes kommenden heftigen Kritik in der "Affäre Wegmann", in der Angelegenheit der dissidentischen Lehrer, ausgesetzt.

Opposition der "alten Hasen"

Gewiss ist Hellwege im Laufe eines Jahres an seiner Aufgabe gewachsen, er bewegt sich heute auf dem Regierungsparkett etwas - 6 -

sicherer als vor zwölf Monaten. Dabei ist die Rolle schwieriger geworden, denn in der Zwischenzeit haben sich die vier Partner in Bonn auseinandergeliebt, was nicht ohne Einfluss auf die Verhältnisse in Hannover bleiben konnte. Das zu übersehen, wäre ebenso verfehlt, wie daraus voreilige Schlüsse zu ziehen. Dass FDP und BHE einiges einzu-stecken vermögen, um an der "bürgerlichen" Futterkrippe zu bleiben, hat ein in der niedersächsischen Parlamentsgeschichte einmaliger Fall bewiesen, der sich bei der zweiten Lesung des Haushalts ereignete, als DP/CDU mit einem ungedeckten Vorschlag von 15 Millionen DM hinter dem Rücken ihrer Koalitionsfreunde einen kurzlebigen Wahlschlager für die bevorstehenden Kommunalwahlen suchten. Das gleiche Stehvermögen haben FDP und BHE gezeigt, als ihnen in der Dissidenten-Debatte zugemutet wurde, für Wegmann zu sprechen. Man sieht also, die Koalition verträgt trotz allem inneren Auseinanderstreben einen Puff. Freilich wirkt Hellwege in solchen Situationen etwas hilflos; während er in den Routine-sachen gelernt hat, seinen Mann zu stehen, vermag er bei plötzlich auftauchenden aussergewöhnlichen Dingen nur seine Gutmütigkeit einzusetzen.

Mit dieser heterogenen Koalition verglichen, spielt die Opposition - in Frage kommt dabei nur die SPD - eine gute Rolle. Sie hat in ihren eigenen Reihen mehr erfahrene, in der parlamentarischen Arbeit ebenso beschlagene, wie mit den Sorgen des Landes vertraute "alte Hasen" als die vier Koalitionsparteien zusammen und ist daher in der Lage, auch ohne den bei der Parlamentsarbeit so wichtigen Regierungsapparat dringende Gesetzesentwürfe rascher vorzulegen als die Regierung. Dass diese Entwürfe solange in einem Ausschuss verschwinden, bis auch die Koalitionsparteien aufgewacht sind, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls hat die Opposition sich, ob es um Schlüter, Landeshaushalt, Wegmann oder was immer ging, so trefflich geschlagen, dass ihr kein sachlicher Beobachter die Anerkennung versagen kann.

Die Fanfaren, die Ende Mai 1955 die Installierung der "bürgerlichen" Regierung begleiteten, haben inzwischen viel an Klang eingebüsst. Erschütterungen sind aber vor der Bundestagswahl kaum zu erwarten.

* * *

Denk ich an Deutschland...

K.E. Der Bücherschrank der Bonner Meinungsbeobachter ist um ein Buch bereichert worden, das bereits einige aufgeregte Aktennotizen ausgelöst hat. Es handelt sich um das vom Verlag Kurt Desch herausgegebene und von Jürgen Neven und Michael Mansfeld zusammengestellte Bildwerk "Denk ich an Deutschland".

Schon beim ersten Durchblättern dieses Bandes zeigt es sich, dass der im Heine-Jahr durchaus aktuelle Titel hält, was er verspricht: Die deutsche Gegenwart wird in einer Weise kommentiert, die auch den selbstzufriedensten Bundesbürger zu einigen Nachdenken veranlassen dürfte. Auf grossflächigen Bildseiten werden dem Leser das tiefe geistige Erlebnis eines Makkaroni-Wettessens ebenso nahegebracht wie die Freude über das friedliche Bild der mit Spielzeug-Pistolen kantiierenden Kinder. Das provoziert Diskussionen über das "Deutsche Wunder"!

Auch die Wiederaufrüstung kommt natürlich nicht zu kurz: in präzisen Gleichschritt marschiert eine Militärkapelle in den kalten Winter hinaus. War es gestern, vorgestern oder ist es morgen? Wohin marschieren sie? Es fröstelt einen bei diesen Gedanken.

Und dann die Gegenüberstellung auf einem Ernterhaufen verrostender alten Kriegsstahlhelme und der blank-polierten neuen Helme! Man fasst sich an den Kopf. Bringen die neuen Stahlhelme Sicherheit und Geborgenheit oder?

Man kann verstehen, dass dieses Buch den Organisatoren der gerade anlauenden Wehrpropaganda ein Dorn im Auge sein wird. Umso höher muss man den Mut einschätzen, den ein angesehenes Verlag mit der Herausgabe eines solchen Werkes beweist. Hat ab vor denen, die sich durch die in Bonn praktizierte Methode der Einschüchterung der leichten Hand nicht beeinflussen lassen!

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau